

Protokoll BAWO Fachtagung, Vernetzungstreffen Delogierungsprävention

15.05.2014, 10.15 – 13.00 Uhr

→ Begrüßung und Ablauf

→ Vorstellungsrunde

→ Berichte aus den Bundesländern:

- Wien: Problematisch in Wien sind die sehr hohen Mieten im Vergleich zu zb. der BMS, dies erschwert natürlich auch die Anmietung von privaten Mietwohnungen, da das „Startkapital“ dadurch unerschwinglich wird. Auch dass in sehr großem Ausmaß nur mehr befristete Mietverträge ausgegeben werden stellt ein großes Problem dar. Bei FAWOS sind die KlientInnen – Zahlen in den letzten Jahren in etwa gleichbleibend, wobei eine Verschiebung von den telefonischen zu den persönlichen Beratungen hin stattfindet. Ein großes Thema sind überhöhte Mieten. Hier wird mit Hilfe von Mieterschutzorganisationen oftmals über Vermittlung der Einrichtungen die Miete erfolgreich gesenkt. Ein weiteres Thema das Wien beschäftigt ist, dass von Wiener Wohnen vermehrt Kategorie C und B Wohnungen vergeben werden, und es für den Einbau einer Dusche oder einer adäquaten Heizung keine finanziellen Hilfen gibt.
- Salzburg: Thema in Salzburg sind die hohen Mieten und der Rückzug des Sozialstaates. Es gibt eine Verordnung bzgl. höchst zulässigem Wohnungsaufwand - liegen Mieten darüber gibt es keine finanzielle Hilfe Mietrückstände betreffend; dieser Betrag wurde seit Jahren nicht erhöht und liegt derzeit bei € 380! Dadurch wird es immer schwieriger, Geld für MZR aufzubringen.
Wohnbeihilfe: es kommt immer wieder zu Rückforderungen, die Berechnung ist völlig unklar und nicht nachvollziehbar.
Wohnbauträger legen bei Mahnungen mittlerweile Begleitschreiben bei, die auf Beratungsmöglichkeiten verweisen.
Die enorm hohen Anwalts,- und Gerichtskosten sind ein großes Problem.
Seit ca. 1 Jahr kommen die MieterInnen immer später zur Beratung, Gründe dafür unklar
Positiv: es gibt einen neuen Sozillandesrat. Dieser ist sehr interessiert und offen, vor allem auch an frauenspezifischen Themen
- Oberösterreich: Es gibt einen FPÖ Wohnbaulandesrat, dieser hat durchgesetzt, dass Genossenschaftswohnungen nur mehr dann vergeben werden, wenn zumindest einer aus der Familie ausreichend Deutsch spricht!
Wohnbeihilfe: Drittstaatsangehörige bekommen WBH nur mehr dann, wenn sie in den letzten 5 Jahren zumindest 3 Jahre lang ein versicherungspflichtiges Einkommen hatten (nicht geringfügig).
BMS zahlt de facto keine MZR, da dies nur eine Kann-Bestimmung ist.
Mieten sind sehr hoch, und es gibt lange Wartezeiten auf Wohnungen
Positiv: es gibt Gespräche darüber, die diversen Einrichtungen bei denen Mietrückstände beantragt werden können in einem Topf zu bündeln, um nur mehr einen Antrag stellen zu müssen. Derzeit müssen 6-8 verschiedene Ansuchen für einen Mietrückstand gestellt werden.
Es gibt weiters Gespräche, spezielle Starter/Auffangwohnungen für Frauen zu schaffen.
- Steiermark: Wohnbeihilfe ist im Bundesländervergleich sehr gut, es gibt kein Mindesteinkommen oder Zugangsbeschränkungen.
Per 1.7.2014 fällt der Regress für Pflege und BMS!
In der Wohnungssicherung gab es eine Systemumstellung Erst nach ausführlichen Erstberatungen werden Termin vergeben. In drei Regionen (Kapfenberg/bruck, Leoben Murtal) gibt es mittlerweile eine dauerhaft präsente Wohnungssicherung.
Genossenschaften gehen immer strenger vor: Mahnung -> Zahlungsbefehl mittels RA -> Räumungsklage.

Die Finanzierung der Deloprävention wird laufend gekürzt, sodass die Caritas mittlerweile jährlich Geld zuschießen muss.

- Niederösterreich: ARGE Wohnungssicherung besteht aus 5 Vereinen. Bei zwei davon konnte für 2014 je ein 15h Posten dazu gewonnen werden.
Umstrukturierung: AJF/Sozialamt sind nicht mehr nach Zielgruppe tätig. Nun sind alle DSA aus diesen Institutionen für alle KlientInnen im jeweiligen Sprengel zuständig. Insgesamt herrscht derzeit ein gutes Klima in der niederösterreichischen Politik
- Vorarlberg: Es gibt gute Kooperationen mit den Genossenschaften, Mietrückstände über BMS zu bezahlen funktioniert. Weiters gibt es gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anbietern im Bereich der Wohnungssicherung.

→ Teilung der Gruppe in 2 Untergruppen:
Gruppe 1 bespricht Grundlagen der Deloprävention

Gruppe 2 bespricht den Ablauf und Inhalt des Vernetzungstreffen im September in RUST:
Folgende Punkte werden als Themen gewünscht:

- Die ausgearbeiteten Standards für die Deloprävention sollen präsentiert werden
- Infos zur Deloprävention in Tirol

→ Punkt 1 Mietrechtsgesetz – Ergänzungen:

- wer soll Provision bezahlen? – Vermieter?
- Mietvertragsvergebührung: eine Forderung kann lauten, dass für die Vergebührung gleich die korrekte Miethöhe ermittelt wird
- Verankerung der Delopräventionsstellen im MRG – Daten sollten direkt auch an die entsprechenden Einrichtungen gehen
- Als Experten dafür wären eventuell auch MitarbeiterInnen von Mieterschutzorganisationen geeignet

-

→ Punkt Homepage Deloprävention:

- diese könnte als „Unterseite“ in die BAWO Homepage integriert werden

→ Punkt Welchen Wert hat die Wohnungssicherung – Soll man eine Studie machen, um auch die Rahmenbedingungen zu beleuchten? – dies geschieht aktuell gerade in OÖ!

→ zum Thema §33a ist Herr Stabentheiner als Referent angedacht, zusätzlich wäre es interessant, jemanden aus der BH Wiener Neustadt einzuladen – mit dem Thema „Wie geht die BH mit den Verständigungen um?“

→ Heinz Schoibl macht gerade eine Studie im Rahmen eines EU Projektes zum Thema: Stand der Prävention, wie können Rahmenbedingungen für die Realisierung des Rechtes auf Wohnen geschaffen werden? Schwerpunkt: Wie können Wohnungsverluste verhindert werden?

Dazu wird er Daten aus allen Bundesländern erheben, und benötigt dazu die Mithilfe der einzelnen Bundesländer. Er wird auch zu diesem Thema an dem Vernetzungstreffen teilnehmen.

→ Eine Idee die bei dem Treffen geboren wurde: Welche Räumungen wurden konkret durchgeführt? Dazu könnte man die Zahlen des BRZ mit zu erhebenden Daten aus einem Bezirksgericht (welche Räumungen wurden dort wirklich vollzogen) vergleichen, auch um eine Aussagekraft für die Daten des BRZ zu erhalten.

→ diskutiert wurde weiters, ob das Vernetzungstreffen nur für MitarbeiterInnen der Delopräventionsstellen angeboten werden sollte oder aber auch für andere Interessierte. Tenor war, dass eine inhaltlich qualitative Auseinandersetzung mit den Themen stattfinden soll. Die Grundlagen für Interessierte sollten in einem separaten Format besprochen werden.

Gibt es Interessierte, die an der Auseinandersetzung mitwirken wollen sind diese willkommen.

Für das Protokoll: Johannes Schuster-Gundacker